

Jürgen Weber:

Eigenverantwortung der Schulen weiter stärken

„Niemand in Deutschland hat Grund zur Selbstgefälligkeit; alle sind aufgerufen, nach Verbesserungen unseres Schulwesens zu suchen,“ kommentiert der bildungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Jürgen Weber, die Veröffentlichung des Länder-Rankings im Schulvergleich PISA-E. Dabei haben die schleswig-holsteinischen Schulen insgesamt in den drei untersuchten Kompetenzbereichen Plätze zwischen 5 und 8 belegt, wobei die Gymnasien mit den Plätzen 1 und 2 hervorragende Resultate erzielt haben.

„Zwei Legenden sind endgültig tot: Es ist widerlegt, dass die schleswig-holsteinische Bildungspolitik die Gymnasien zugunsten der Gesamtschulen vernachlässigen würde. Und ebenso ist widerlegt, dass das Zentralabitur ein Garant für bessere Resultate sei als das dezentrale. Wir wollen den Weg weiter gehen, die Eigenverantwortung der einzelnen Schulen in organisatorischer, finanzieller, aber auch pädagogischer Hinsicht zu stärken. Damit ist nach unserer Auffassung ein zentral festgelegtes Abitur nicht vereinbar.“

Unabhängig vom Abschneiden beim Ländervergleich sei das gesamte deutsche Schulwesen von schweren Defiziten geprägt, die die internationale PISA-Studie Ende vergangenen Jahres festgestellt habe: extrem große Leistungsbandbreiten, die Festschreibung sozialer Rangordnungen innerhalb des Schulsystems („Arbeiterkinder gehören an die Hauptschule, Akademikerkinder ans Gymnasium“) und unzureichende Sprach- und Lesekenntnisse – nicht nur bei Migrantenkindern.

Mit diesen Problemen setzte sich die SPD-Landtagsfraktion auf einem Forum in der Toni-Jensen-Gesamtschule Kiel-Dietrichsdorf auseinander, in dessen Mittelpunkt die Erfahrungsberichte aus verschiedenen Nachbarländern standen. Experten aus Dänemark, Finnland, Großbritannien und den Niederlanden berichteten, wie in ihren Ländern Kinder mit sprachlichen Defiziten gefördert werden und wie die Leistungen ihrer Schulen evaluiert werden.

„Deutsche Kinder sind nicht grundsätzlich zu lang an der Schule, aber sie werden im internationalen Vergleich viel zu spät eingeschult. Dies allein wäre nicht so schlimm, wenn wenigstens alle Kinder den Kindergarten besuchen würden und dort für Sprachförderung erreichbar wären. Es darf nicht dabei bleiben, dass 6-jährige an die Schule kommen, die nicht in der Lage sind, dem Unterricht zu folgen, weil ihre Sprachkenntnisse unzureichend sind – dies gilt für Kinder deutscher Herkunft genauso wie für Kinder aus Ausländer- und Aussiedlerfamilien,“ unterstrich Weber. „Wir werden in ausreichendem Abstand zur Einschulung neben der physischen auch die sprachliche Fitness untersuchen und verpflichtende Fördermaßnahmen umsetzen, um Kindern eine solche Situation des Scheiterns und der Ausgrenzung gleich zu Beginn ihrer Bildungskarriere zu ersparen.“

Weber äußerte die Bereitschaft, auch von Erfahrungen anderer Bundesländer zu lernen. Bayern sei offenbar erfolgreich bei der Bildungsintegration von Kindern mit nicht deutscher Muttersprache; dies müsse man sich sehr genau ansehen. Insgesamt könne jedoch ein Schulwesen nicht als vorbildlich angesehen werden, das die soziale Aussonderung auf die Spitze treibe und lediglich knapp 20 % eines Jahrgangs zur Hochschulreife führe. (SIB)